

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Umwelt, Verbraucher- und Klimaschutz

13. Sitzung
13. Oktober 2022

Beginn: 09.00 Uhr
Schluss: 11.47 Uhr
Vorsitz: Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Felix Reifschneider (FDP) fragt für seine Fraktion:

Wie hat der Senat das Tierheim Berlin mit Blick auf die hohe und steigende Auslastung sowie die steigenden Energiepreise unterstützt und welche Pläne hat der Senat diesbezüglich für die kommenden Monate?

Staatssekretär Markus Kamrad (SenUMVK) erläutert, dass das Tierheim Berlin Energiesparmaßnahmen im möglichen Rahmen des Tierschutzes schon ausgeschöpft habe. Für die Erstattung von fixen und variablen Kosten bis zur Höhe eines Tarif- bzw. Verbraucherpreisindex sei der Bezirk Lichtenberg zuständig. Der Senat habe das Tierheim mit 400 000 Euro beim Neubau einer Katzenquarantänestation unterstützt. Dieses und weitere Projekte würden auch zukünftig gefördert. Zusätzlich habe sich die Koalition verständigt, im Rahmen des Nachtragshaushalts die Energiekosten von landesgeförderten Institutionen wie dem Tierheim zu kompensieren oder zu bezuschussen. Er rechne mit einem sechsstelligen Betrag.

Felix Reifschneider (FDP) bittet, dass auch die stellenweise Überlastung des Tierheims angesprochen werde.

Staatssekretär Markus Kamrad (SenUMVK) stimmt zu, dass die Situation der Auslastung angespannt sei. Kurzfristige Zuschüsse hätten jedoch keinen Effekt. Mit anderen Tierheimen und Institutionen wie der Tiertafel werde über eine mögliche Unterstützung zur Entlastung gesprochen.

Katalin Gennburg (LINKE) fragt für ihre Fraktion:

Wie positioniert sich der Senat zu den aktuellen Plänen der Berliner Forsten, die Insel Seddinwall im Bezirk Treptow-Köpenick sich selbst zu überlassen, obwohl der gemeinnützige Verein "Wassersport Insel Seddinwall e.V." das Ziel verfolgt, die Insel als Sport- und Erholungsort für muskelbetriebenen Wassersport in Eigenverantwortung zu übernehmen, inklusive der Kosten für die Herstellung der Verkehrssicherheit?

Staatssekretärin Dr. Silke Karcher (SenUMVK) weist hin, dass das Problem nicht die Kostenübernahme sei. Die Inseln seien bereits seit 2002 durch eine Verordnung ein geschützter Landschaftsbestandteil. Das beziehe sich vor allem auf den Erhalt der dortigen alten Bäume. Die Anlage eines Campingplatzes erfordere Verkehrssicherungsmaßnahmen in Form einer Fällung gefährdender Bäume, was dem Schutzziel widersprechen würde.

Katalin Gennburg (LINKE) wendet ein, dass kein Campingplatz geplant sei, sondern ein Sport- und Erholungszentrum für muskelbetriebenen Wassersport. – Könne gemeinsam eine Möglichkeit erarbeitet werden, die Nutzung der Inseln auch weiterhin zu ermöglichen, ohne die Naturschutzbelange zu gefährden?

Staatssekretärin Dr. Silke Karcher (SenUMVK) merkt an, dass auch ein einfacher Rastplatz verkehrsgesichert sein müsse. Alle bestehenden baulichen Anlagen auf der Insel müssten entfernt werden, um den Waldgebietscharakter zu verdeutlichen. Ein Betreten auf eigene Gefahr sei auch weiterhin möglich.

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) fragt für seine Fraktion:

Was hat der Senat unternommen, um die Verbraucher- und Verbraucherinnenberatung beim Thema Energie zu stärken und was ist noch geplant?

Staatssekretär Markus Kamrad (SenUMVK) erläutert, dass der Schwerpunkt der Aktivitäten auf dem Ausbau und der finanziellen Förderung der Beratungsangebote für Mieter/-innen liege. Beispielsweise werde die Energieschuldenberatung der Verbraucherzentrale Berlin – VZ – mit 270 000 Euro gefördert und ab 2023 in die institutionelle Förderung aufgenommen. Des Weiteren werde der neue Ostberliner Standort einen Fokus auf der Energieberatung haben. Kurzfristig sei eine Hotline für Kurzberatungen eingerichtet worden. Bei dem Verein Club Dialog gebe es auch fremdsprachliche Energieberatungsangebote für osteuropäische Sprachen, die im nächsten Jahr weiter ausgebaut würden. Das werde im laufenden Haushalt mit 130 000 Euro gefördert. Ein ähnliches Projekt mit dem Türkischen Bund Berlin-Brandenburg starte nächstes Jahr. In Lichtenberg gebe es ab Oktober einen weiteren Standort des Stromsparchecks der Caritas, der bis Ende 2023 260 000 Euro an Zuwendungen erhalte. Die Energiebudgetberatung sei ein neues Angebot der VZ, das bis Ende 2023 mit 123 000 Euro gefördert werde. Für Vermieter und Eigentümer gebe es das Angebot "Zuhause in Berlin"

mit einer kostenlosen Vor-Ort-Beratung durch die VZ sowie das Projekt "BAUinfo" der Berliner Energieagentur. Demnächst starte auch das Forum Energiearmut der SenUMVK und SenIAS. Weiterhin werde ein Landesprogramm Energieberatung erarbeitet, um die Beratungsaktivität mit drei Säulen zu stärken. Die selbstständigen Energieberatungsprojekte würden weiter ausgebaut und gefördert, jedoch erschwere der Fachkräftemangel die Skalierung der Angebote. Sonstige Träger wie die Sozialberatung, Stadtteilzentren etc. würden mit Schulungsangeboten gestärkt. Dazu sei geplant, weitere Mittel für den Ausbau der Energieberatung zu bewilligen. Die dritte Säule sei der Ausbau der Informationsangebote. Neben den kurzfristigen Angeboten sei auch ein langfristiger Ausbau nötig, da die Probleme der Energieversorgung auch im nächsten Jahr bestünden.

Danny Freymark (CDU) fragt, welche Maßnahmen der derzeit stattfindende klimagerechte Umbau des Gendarmenmarkts umfasse und ob Ähnliches für weitere Plätze geplant sei.

Staatssekretärin Dr. Silke Karcher (SenUMVK) erläutert, das Ziel der Maßnahme sei, den Platz klimagerecht und barrierefrei umzugestalten. Dazu werde der Platz tiefergelegt und unterirdische Infrastruktur verlegt, um z. B. die Stromversorgung bei Veranstaltungen zu erleichtern. Im Rahmen der klimagerechten Anpassung als Schwammstadt werde eine unterirdische Rigole angelegt, in der Regenwasser gereinigt und vor Ort versickert werden könne. Der Prozess habe 2009 mit einer Bürgerbeteiligung begonnen. Derzeit finde eine Kampfmittelsuche statt, bevor der Umbau im November starte.

Danny Freymark (CDU) fragt nach, ob weitere Plätze entsprechend umgestaltet würden.

Staatssekretärin Dr. Silke Karcher (SenUMVK) antwortet, dass dies nachgeliefert werde.

Der **Ausschuss** schließt die Aktuelle Viertelstunde ab.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatsverwaltung

Staatssekretärin Dr. Silke Karcher (SenUMVK) berichtet, dass der Waldzustandsbericht demnächst veröffentlicht werde. – Des Weiteren sei mit der Grün Berlin GmbH eine Klimaschutzvereinbarung geschlossen worden, in der sich die GmbH verpflichte, die direkten CO₂-Emissionen bis 2031 um 25 Prozent gegenüber 2019 abzusenken und bis 2045 klimaneutral zu werden. – Bis Gutachten die Ursache zum Schadensfall mit Waldbrand auf dem Sprengplatz Grunewald gefunden und Vorschläge gemacht hätten, wie ähnliche Geschehnisse zukünftig verhindert werden könnten, finde auf dem Sprengplatz nur ein Notbetrieb statt. Kleinere Munition könne zukünftig mithilfe der Brandenburger Polizei entsorgt werden, jedoch müssten größere Weltkriegsbomben immer noch auf dem Berliner Sprengplatz vernichtet werden. Auch Asservatenstücke mit laufenden Gerichtsprozessen müssten noch dort gelagert werden. Zur raschen Verringerung der dort lagernden Munition seien Notsprengungen notwendig, zuletzt am 12. Oktober. Eine Bahnspernung sei nicht nötig gewesen.

Staatssekretär Markus Kamrad (SenUMVK) ergänzt, dass das Landeslabor Berlin-Brandenburg seinen Jahresbericht veröffentlicht habe. Dieses Labor sei für den Verbraucher-

schutz in Berlin sehr bedeutend, da dort z. B. im letzten Jahr 824 000 Proben verschiedenster Bereiche geprüft worden seien. Unter anderem sei mithilfe eines im Landeslabor entwickelten Analyseverfahrens von Heidelbeeren eine Verbrauchertäuschung aufgedeckt worden. Proben von Produkten, die als Wildheidelbeeren deklariert worden seien, hätten mehrheitlich Kulturheidelbeeren enthalten.

Katalin Gennburg (LINKE) fragt zur Grün Berlin GmbH, inwiefern die Klimaschutzvereinbarung mit den Plänen der Grün Berlin im Spreepark vereinbar seien. Dort sei geplant, 1 000 Quadratmeter Wald in Anspruch zu nehmen und weitere Flächen zu versiegeln, sodass letztlich 40 Prozent des Geländes versiegelt seien. Auch der zuständige Bezirk habe mitgeteilt, dass für diese Pläne keine Ausgleichsflächen mehr zur Verfügung stünden. – Wäre nicht eher eine klimaschutzgerechtere Gestaltung des Parks anzustreben?

Staatssekretärin Dr. Silke Karcher (SenUMVK) stimmt zu, dass die Versiegelung durchaus eine Frage des Klimaschutzes sei. Die Vereinbarung mit der Grün Berlin beziehe sich jedoch nur auf die Minderung der CO₂-Emissionen.

Dunja Wolff (SPD) bittet, den Waldzustandsbericht zeitnah nach Veröffentlichung auch an den Ausschuss weiterzuleiten. Zum Gendarmenmarkt sei die Frage, inwiefern Absprachen mit der SenKultEuropa stattgefunden hätten.

Felix Reifschneider (FDP) erkundigt sich, ob neben dem mehrjährigen Zwischenbericht zu den verschiedenen Klimaschutzvereinbarungen auch jährliche Berichte erstellt würden. Wo könnten diese eingesehen werden?

Staatssekretärin Dr. Silke Karcher (SenUMVK) antwortet, dass eine zeitnahe Weiterleitung des Waldzustandsberichts nach der Veröffentlichung an den Ausschuss möglich sei. Eine Vorabübersendung müsse geprüft werden. Bezüglich der Fragen zum Gendarmenmarkt sei auf die Zuständigkeit des Bezirksamts verwiesen. – Bezüglich der Zwischenberichte könne sie spontan nichts mitteilen. Eventuell seien diese auf den Webseiten der jeweiligen Betriebe zu finden.

Jens Kendzia (SenUMVK) ergänzt, dass ihm ebenfalls nur der mehrjährige Bericht auf der Webseite der SenUMVK bekannt sei.

Staatssekretärin Dr. Silke Karcher (SenUMVK) sichert zu, dass geklärt werde, in welchen Abständen die Berichte erstellt würden und wo diese zu finden seien.

Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE) weist darauf hin, dass unter dem Tagesordnungspunkt „Bericht des Senats“ nur zu den berichteten Sachverhalten Fragen gestellt werden dürften.

Der **Ausschuss** schließt den Tagesordnungspunkt ab.

Punkt 3 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0061](#)
Auswertung und Ergebnisse des Berliner
Klimabürgerinnen- und -bürgerrats
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen, der Fraktion der CDU, der Fraktion Die
Linke und der Fraktion der FDP) UVK
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0016](#)
Berlin auf dem Weg zur Klimaneutralität
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke) UVK

Hierzu: Anhörung

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 4 der Tagesordnung

- Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0025](#)
Vorstellung der Studie „Berlin Paris-konform
machen“
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen, der Fraktion der CDU, der Fraktion Die
Linke und der Fraktion der FDP) UVK

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 01.09.2022

Staatssekretärin Dr. Silke Karcher (SenUMVK) teilt mit, dass die Senatsverwaltung auf eine Stellungnahme verzichte, da diese bereits in der Anhörung erfolgt sei.

Danny Freymark (CDU) erkundigt sich, ob eine ein- oder zweijährige Fortschreibung der Studie angedacht sei, da diese die Arbeit der SenUMVK und der Fraktionen entlasten könne.

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) unterstreicht, dass die Studienergebnisse zeigten, dass mit Maßnahmen wie dem „Osterpaket“ der Bundesregierung und den Energiesparmaßnahmen seit dem Ukrainekrieg eine Klimaneutralität bis 2040 möglich sei. Dies sei noch immer zu spät, daher müssten beständig weitere Potenziale geprüft werden. Hier seien die Vorschläge des Klimabürger- und -bürgerinnenrats hilfreich. Eine Fortsetzungsstudie sei grundsätzlich interessant, aber die Ausschreibung dürfe nicht zulasten der Arbeit der SenUMVK gehen. Es brauche nun die konkrete Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen.

Felix Reifschneider (FDP) gibt zu bedenken, dass ein fünfjähriger Turnus praktikabler sei, da die Fortschritte innerhalb eines Jahres eher gering seien. Bedeutender sei, welche Erkenntnisse der Senat aus der Studie für das BEK ableite. Die dortigen Maßnahmen bräuchten messbare Kennzahlen, um den Fortschritt zu monitoren. Die Potenziale der Geothermie müss-

ten auch im BEK berücksichtigt werden. – Innerhalb weniger Jahre müsse auch das gesetzte Ziel einer energetischen Sanierungsquote von 3 Prozent erreicht werden. Derzeit betrage diese nur ca. 0,8 Prozent. Beschränkende Regelungen verhinderten die notwendigen Sanierungen jenseits des gesetzlichen Mindeststandards vor allem in Milieuschutzgebieten. Angesichts der langen Zyklen von Fassadensanierungen müssten diese schon jetzt höhere Standards haben. – Wie könnten die Zielkonflikte mit den Möglichkeiten des Landes Berlin aufgelöst werden? Welche konkreten Maßnahmen seien geplant, um weiteren Zeitverzug zu vermeiden?

Staatssekretärin Dr. Silke Karcher (SenUMVK) erläutert, dass es eine Fortschreibung derzeit nicht geplant sei. Die Maßnahmen würden derzeit im Rahmen des Entwurfs des neuen BEK abgestimmt. Das Monitoring solle verbessert werden, indem maßnahmenspezifische Ziele gesetzt würden. Dies beziehe sich weniger auf konkrete CO₂-Reduktionszahlen, da diese schwierig zu berechnen seien, sondern auf Kennzahlen wie beispielsweise Quadratmeter.

Dr. Timur Gelen (SenSBW) ergänzt, dass es zur Steigerung der Sanierungsquote von der SenWiEnBe bereits das Förderprogramm „Effiziente GebäudePLUS“ gebe. Außerdem werde ein weiteres Programm zur Förderung einer sozialverträglichen Sanierung von Gebäuden etwa mit Mietpreisbindung erarbeitet. Die Sanierungspflichten seien bundesgesetzlich geregelt, und für Bestandsgebäude gebe es keine anlasslose Sanierungspflicht.

Felix Reifschneider (FDP) fragt nach, ob angesichts der vermehrten Verstromung von Kohle aufgrund der Gaskrise der Kohleausstieg bis 2030 noch möglich sei. Sei die Versorgungssicherheit und die Preisstabilität gewahrt?

Staatssekretärin Dr. Silke Karcher (SenUMVK) führt aus, dass bislang daran festgehalten werde, da die weitere Entwicklung der Situation bis 2030 nicht vorhersehbar sei. Die Strategie umfasse den Bau von modularen Gaskraftwerken, aber es sei richtig, dass gegebenenfalls geprüft werden müsse, ob insbesondere für die Wärmeversorgung Alternativen nötig seien und ob der Kohleausstieg in der geplanten Form noch möglich sei.

Der **Ausschuss** schließt die Besprechung ab.

Punkt 5 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 19/0380

**Klima schützen – Konzept zur
Energierückgewinnung aus Abwasserwärme
erstellen**

[0038](#)
UVK

Danny Freymark (CDU) vertritt die Meinung, dass der Antrag ein Schritt hin zu konkreten Klimaschutzmaßnahmen sei. Das Ziel sei, dass Private und der Senat Konzepte entwickelten, wie die Abwasserwärme genutzt werden könne. Er hoffe, dass der Antrag der CDU-Fraktion der Koalition Anregungen geben könne.

Staatssekretärin Dr. Silke Karcher (SenUMVK) unterstreicht, dass Einigkeit darin bestehe, die Abwärmepotenziale der Stadt zu nutzen. Die SenUMVK erarbeite dazu etwa den Abwärmeatlas und Potenzialstudien.

Jens Kendzia (SenUMVK) erläutert, dass im Rahmen des Projekts "Urbane Wärmewende" die Berliner Wasserbetriebe einen Abwärmeatlas erstellt hätten. Dieser zeige die Potenzialgebiete zur Abwasserwärmenutzung und erläutere mögliche Erschließungsmaßnahmen. Gesamtstädtisch bestehe ein Potenzial von bis zu 270 Megawattstunden, das bislang nur wenig erschlossen sei. Weitere Schritte seien bereits in Vorbereitung und Umsetzung. Beispielsweise würden die Ergebnisse des Atlases ins Wärmekataster einfließen, außerdem werde eine kommunale Wärmeplanung vorbereitet.

Felix Reifschneider (FDP) weist darauf hin, dass es nun konkreter Umsetzungen bedarf. Der Antrag selbst sei durch das Projekt "Urbane Wärmewende" etwas überholt, aber es sei nicht abträglich, weitere Konzepte für bestimmte Detailsituationen zu erarbeiten.

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) erinnert, dass es in der letzten Legislaturperiode eine Anhörung zu diesem Thema gegeben habe, da auch die Koalitionsfraktionen das Potenzial sähen. Die Stadtwerke und die Wasserbetriebe hätten damals darauf hingewiesen, bereits an der Nutzung zu arbeiten, aber dass die Wirtschaftlichkeit gegenüber der damals noch günstigeren Fernwärme ein Problem sei. Angesichts der aktuellen Energiesituation solle das aber weiter verfolgt werden. Das Ziel des Antrags sei richtig, er biete aber wenig Neues.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Plenum die Ablehnung des Antrags Drucksache 19/0380 zu empfehlen.

Punkt 6 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 19/0466

[0049](#)
UVK

Dreiundzwanzigstes Gesetz zur Änderung des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes

Staatssekretärin Dr. Silke Karcher (SenUMVK) erläutert, dass die ursprüngliche Vorlage das Ziel habe, die Verordnung an die aktuelle Rechtslage anzupassen. Für manche Bereiche werde die Zuständigkeit neu geordnet, wo bislang die Bezirke zuständig gewesen seien, aber wo es sinnvoller sei, das auf Senatsebene zu behandeln. Der Änderungsantrag beziehe sich auf eine rechtssichere Übernahme der Verantwortung der Grundwasserbelange im Bereich Siemensstadt Square durch den Senat. Die Zusammenarbeit zwischen Bezirk und Bauträger habe sich wahrscheinlich aufgrund einer Überlastung als schwierig erwiesen. Eine Übernahme durch die Senatsverwaltung könne den Prozess beschleunigen.

Frank-Christian Hansel (AfD) fragt nach, ob das mit dem Bezirk Spandau abgestimmt sei.

Staatssekretärin Dr. Silke Karcher (SenUMVK) antwortet, dass das abgestimmt sei.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ weist darauf hin, dass die Begründung zur Vorlage – zur Beschlussfassung – zum Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes durch den Änderungsantrag nicht geändert werden könne und dies somit nicht in der Beschlussempfehlung für das Plenum auftauche. Der Änderungsantrag werde jedoch als Anlage dem Beschlussprotokoll beigelegt.

Der **Ausschuss** nimmt den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke zur Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/0466 an und beschließt, dem Plenum die Annahme der Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/0466 zu empfehlen.

Punkt 7 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.